



Einigung über die adriatische Frage

Lloyd George und Nitti in Paris, um mit Clemenceau zu diskutieren; Friedens-Verhandlungen mit Soviet-Russland in Sicht.

Amerika um Darlehen für Oesterreich ersucht.

London, 8. Jan. (United Press.) Es verlautet, daß sich Lloyd George und der italienische Premier Nitti wegen der adriatischen Frage geeinigt haben. Das Uebereinkommen wird Premier Clemenceau nach deren heutigen Eintreffen in Paris zur Bestätigung unterbreitet werden.

London, 8. Jan.—Britische und italienische Delegaten haben sich von hier nach Paris begeben, um mit Vertretern Frankreichs die Friedensverhandlungen fortzusetzen. Es verlautet, daß Russland und die Türkei zuerst in Frage kommen werden. Eiliche Londoner Zeitungen behaupten, daß man geneigt sein wird, mit Soviet-Russland Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Die neuen Siege der Roten über ihre Gegner dürften dazu Anlaß geben.

Paris, 8. Jan.—Heute wird der Oberste Rat keine Sitzung abhalten, da zwei britische Mitglieder erkrankt sind. Auch wird gesagt, daß die Premier Lloyd George und Nitti nicht rechtzeitig in Paris eintreffen können, um an den Verhandlungen teilzunehmen. In der gestrigen Sitzung des Obersten Rats machte der Wiederkaufminister Louchere abermals auf die kritische Lage Oesterreichs aufmerksam, dessen Lebensmittelvorräte am 31. Jan. erschöpft und dessen Bevölkerung dann dem Hungertod preisgegeben sein werde.

Als der österreichische Kongress Dr. Renner in Paris war, beschloß der Rat, Oesterreich eine gewisse Menge Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, um die dringendste Not zu stillen, aber Frankreich, Italien und England sind nicht im Stande, Amerika den Kredit in Dollars einzuräumen, der nötig ist für den Ankauf der notwendigen Nahrungsmittel, und die Ver. Staaten Regierung ist daher ersucht worden,

diesen Betrag vorzutreten. Bis jetzt ist aber von Amerika noch keine Antwort eingetroffen, und folglich kommt Oesterreich noch keine Hilfe gebracht werden.

Der Rat beschloß, einen neuen und dringenden Appell an die Ver. Staaten um Bewilligung des nötigen Kredits für die Verlorung Oesterreichs zu richten.

Es heißt, daß die amerikanische Regierung nicht ohne die Zustimmung des Kongresses einen Kredit von \$100,000,000 eröffnen könne, wie er notwendig sein würde, und daß sie daher Vorzahlung verlangen müsse. Dies, sagen die Mitrierten, könnten sie nicht tun, da sie bei dem gegenwärtigen Wechselkurs ungefähr das Doppelte dieser Summe zu zahlen hätten.

Die österreichischen Delegaten sagten auch, daß von den in Triest verfügbaren 30,000 Tonnen Nahrungsmitteln bis jetzt erst 10,000 Tonnen an Oesterreich geliefert wurden, und daß die Vorräte bei halben Rationen nur noch bis Ende dieses Monats reichen. Die Sterblichkeit an Hunger sei in Wien rasch im Zunehmen; 1919 seien bereits 150,000 mehr Menschen Hungers gestorben als 1918.

Washington will nicht mehr pumpen

Sen. Smoot spricht die Besorgnis aus, daß das Europa geliehene Geld verloren ist.

Washington, 8. Jan.—Die Ankündigung des britischen Finanz-Sachverständigen Sir George Paish, daß eine internationale Anleihe von \$35,000,000,000 nötig sei, um Europa vom Untergang zu retten und daß die Ver. Staaten hiervon \$15,000,000,000 übernehmen müßten, hat in Washington beträchtliches Aufsehen erregt, doch finden die Vorstöße Sir Paishs im Kongress scheinbar wenig Gegenliebe, zumal man die bereits den europäischen Staaten während des Krieges vorgeschossenen Summen keineswegs als sichere Anlagen betrachtet.

Sen. Reed Smoot von Utah, der maßgebende Sachverständige für Finanzangelegenheiten im Senat, sagte, wenn die Mitrierten, mit Ausnahme von Großbritannien und Frankreich, das geliehene Geld überhaupt zurückzahlen würden, „so würde es jedenfalls sehr lange dauern.“

Darüber sind folgenden Ländern gewährt worden:

Großbritannien	\$4,300,000,000
Frankreich	3,047,974,777
Russland	187,729,750
Belgien	343,445,000
Cuba	10,000,000
Tschecho-Slowakia	55,330,000
Griechenland	48,236,629
Italien	1,620,922,872
Liberia	5,000,000
Rumänien	25,000,000
Serbien	26,780,465

Bezüglich dieser Anleihe äußerte sich Senator Smoot: „Ich erwarte, daß die meisten ausländischen Regierungen diese Schuld zehn oder zwölf Jahre laufen lassen und dann die Ver. Staaten erlösen werden, sie zu erlassen. Großbritannien wird das kaum tun, aber es wird sehr langsam begahen. Von Frankreich würde mich ein derartiges Erlösen nicht überraschen. Die russische Anleihe ist durch nichts gedeckt, als durch ein Versprechen der Kerensky'schen Regierung. Dennoch glaube ich, daß Russland eher bezahlen wird, als andere Länder, denn das Land ist reich, und die Regierung wird schließlich um des russischen Ansehens im Ausland halber die Schuld anerkennen müssen.“

Auf die Frage, ob Sir George Paish bereits Konferenzen mit Senatoren arrangiert habe, um seine Pläne vorzulegen, erwiderte der Senator:

„Nicht daß ich wüßte. Es würde aber auch nichts helfen. Der König von England könnte selbst kommen und würde auch nichts bekommen.“

Der Senator von Utah glaubt, die Ver. Staaten hätten ihre Pflicht gegen die Mitrierten während des Krieges mit Deutschland in vollem Maße erfüllt.

Soviet-Arche im britischen Kanal

London, 8. Jan.—Der Bundesdampfer Buford, der deportierte Radikale aus den Ver. Staaten an Bord hat, um sie nach Russland zu befördern, liegt gegenwärtig im britischen Kanal und wartet auf Befehle von Washington, ehe er seine Fahrt fortsetzt.

Transport „Kilpatrid“ als Bolschewisten-Arche

New York, 8. Jan.—Klaas Schorr, der Rechtsbeistand von mehreren hundert Radikalen, will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß das Armeetransportschiff „Kilpatrid“, welches jetzt am Bollwerk von Brooklyn liegt, in „sehr kurzer Zeit“ die meisten der jetzt auf Ellis Island festgehaltenen Radikalen nach Russland überführen wird. Obgleich es erst am Mittwoch bekannt wurde, daß ein Verhaftungsbefehl gegen den sogenannten „Gefandten“ Ludwig Martens ausgeht, haben die Behörden zugegeben, daß dieser Befehl schon am Freitag bereit gehalten wurde.

Lenine macht neues Friedens-Angebot

Stockholm, 8. Jan.—Nicolai Lenine, der Premierminister von Soviet-Russland, hat den Alliierten neue Friedensvorschlüge gemacht, die von dem britischen Vertreter in den baltischen Staaten, Oberst Talents, nach London überbracht werden. Unter anderen Bedingungen schließt das Anerbieten das Versprechen ein, die Schiedsgerichtsbarkeit aufzugeben und die Tätigkeit der Revolutionstruppen zu beschränken. So berichten wenigstens estländische Zeitungen.

General Pershing lobt General Kluck

Nähmt den genialen Führung und sollte der Tapferkeit der Deutschen Anerkennung.

Genf, 8. Jan.—Eine herbe Anerkennung für Feldmarschall von Kluck, welcher 1914 den rechten Flügel der deutschen Armee beim Vordringen gegen Paris befehligte, sollte Marschall Joffre, seinerzeit Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in dem Niesentamp. Das geschah in einer Rede, welche Joffre—der selber ein erfahrener Kämpfer ist—bei einer Winterfeierlichkeit in dem Städtchen Nige hielt. Joffre bries Klucks meisterhafte Latinität hoch und sagte, dieselbe habe zwar nicht die Niederlage der Deutschen abwenden können, aber den rechten Flügel vor einer Katastrophe bewahrt.

Auch sprach er seine allgemeine Bewunderung für die Tapferkeit der deutschen Soldaten während des ganzen Krieges aus.

General Pershing ist Omaha's Gast

Trat heute morgen um 9 Uhr von Lincoln hier ein. Das geplante Tagesprogramm.

General F. Z. Pershing ist heute für 13 Stunden der Gast der Stadt Omaha. Auf diesem, seinem ersten offiziellen Besuch seit dem Ende des Krieges, wird er von seinen ganzen

Bolschewiki am Now'schen Meere

Machen 4000 Gefangene und erobern zahlreiches Geschütz und Kriegsmaterial.

London, 8. Jan.—Eine offizielle Depesche aus Moskau besagt, daß Kavalleri: der Roten in Zaganrog am Now Meer eingezogen ist, nachdem den Truppen Denekin's eine schwere Niederlage beigebracht wurde. Die Bolschewiken haben eine ungeheure Kriegsbeute gemacht und 4000 Gegner gefangen genommen. Unter dem eroberten Kriegsmaterial befinden sich schwere britische Artillerie, Tanks, Panzerzüge, eine Anzahl Flugzeuge, eine Menge Munition, 220 Kanonen usw. Die Bolschewiki haben nunmehr die Meeresküste östlich und westlich von Noworossiok erobert; es ist dieses die wichtigste Hafenstadt am Now Meer.

Ägypter verlangen Unabhängigkeit

Cairo, 8. Jan.—In einem Zweiggespräch zwischen dem britischen Oberkommissar in Ägypten, Viscount Milner, und dem Mufti (Geistesausleger, Ägyptens), sagte Letzterer, daß die Unruhen in Ägypten auf den Drang nach politischer Freiheit zurückzuführen ist. Lord Milner erklärte, daß dieser Umstand kein Hindernis bilden sollte, um die Frage der Unruhen zu besprechen, worauf ihm die Antwort zuteil wurde, daß man sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen könne, bis die Briten das Protektorat über Ägypten aufgeben.

Cairo, 8. Jan.—In einem Zweiggespräch zwischen dem britischen Oberkommissar in Ägypten, Viscount Milner, und dem Mufti (Geistesausleger, Ägyptens), sagte Letzterer, daß die Unruhen in Ägypten auf den Drang nach politischer Freiheit zurückzuführen ist. Lord Milner erklärte, daß dieser Umstand kein Hindernis bilden sollte, um die Frage der Unruhen zu besprechen, worauf ihm die Antwort zuteil wurde, daß man sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen könne, bis die Briten das Protektorat über Ägypten aufgeben.

100,000 Juden planen Zug in's gelobte Land

New York, 8. Jan.—100,000 jüdische Familien, welche durchschnittlich je fünf Köpfe zählen, sind bereit, von Polen nach Palästina überzuziehen. So wird von der amerikanischen Zionistenorganisation im Namen Dr. Zerach Kofenblatts, eines Mitglieds des polnischen Reichstags, bekannt gegeben. Viele Juden haben als Vorbereitung zu dem Exodus ihr Eigentum in Polen veräußert. Viele der „Pilger“ werden in Anlehnung an den Zug ihrer Väter vor 3000 Jahren zu Fuß nach Triest und anderen Hafenplätzen wandern. Zur Einrichtung industrieller Anlagen in Palästina sollen in der Stadt Lodz allein gegen zwei Millionen Rubel aufgebracht werden sein. Die amerikanischen Zionisten geben der Bewegung keine Unterstützung, sondern wollen die Einrichtung eines jüdischen Staates durch den Völkerverbund oder den Friedensschluß mit der Türkei abwarten.

27 Personen ein Opfer der Wellen

Paris, 8. Jan.—Hier eingetroffene Depeschen besagen, daß der Schleppdampfer Pluvier und das Segelschiff Jalouise während eines Orkans auf dem Mitteländischen Meere an der französischen Küste scheiterten und daß 27 Personen ertrunken sind.

Formelle Ratifikation des Friedensvertrags

Paris, 8. Jan.—Es wird heute offiziell bekannt gegeben, daß die formelle Ratifikation des Versailles-Friedensvertrags Samstag um 4 Uhr nachmittags im Gebäude des Ministeriums des Äußeren stattfinden wird. Nur jene Nationen, welche den Vertrag ratifiziert haben, werden an der Zeremonie teilnehmen. Es sind diese: Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Slowakei, Tschechien, die Summe von sieben Milliarden Francs einbringen.

Neue Steuern in Frankreich

Paris, 8. Jan.—Die neue Steueranlage, welche der Deputiertenkammer unterbreitet werden wird, dürfte, dem Echo de Paris zufolge, die Summe von sieben Milliarden Francs einbringen.

Wm. J. Bryan trifft in Washington ein

Sein Erscheinen erregt allgemeines Interesse; es wird versucht, die Führerschaft der demokratischen Partei an sich zu reißen.

Washington, 8. Jan. (United Press.) Das Erscheinen William Jennings Bryans in Washington erregt ebenso großes Interesse, wie die Sitzung des demokratischen Nationalkomitees. Letzteres wird Zeit und Ort der demokratischen Nationalkonvention bestimmen und andere wichtige Parteifragen erörtern. Bryan trat hier heute früh ein, offenbar in der Absicht, gelegentlich des nächsten Kantets eine Rede zu halten; von vielen aber wird die Behauptung aufgestellt, daß er sich mit den Plänen trage, sich zum Führer der Partei aufzuschwingen. Die Mitglieder des demokratischen Nationalkomitees scheinen entschlossen, den Präsidenten in dem Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrags zu unterstützen. Bryan opponiert diesem Plan und bringt darauf, daß ein Kompromiß zustande komme; er scheint von dem Gefühle durchdrungen zu sein, daß die Demokraten der Nation eher ihm folgen und sich mit einem Vertrag irgend welcher Art zufrieden

Präsident Wilson's Botschaft mit Spannung erwartet

Washington, 8. Jan. (United Press.) Das Erscheinen William Jennings Bryans in Washington erregt ebenso großes Interesse, wie die Sitzung des demokratischen Nationalkomitees. Letzteres wird Zeit und Ort der demokratischen Nationalkonvention bestimmen und andere wichtige Parteifragen erörtern. Bryan trat hier heute früh ein, offenbar in der Absicht, gelegentlich des nächsten Kantets eine Rede zu halten; von vielen aber wird die Behauptung aufgestellt, daß er sich mit den Plänen trage, sich zum Führer der Partei aufzuschwingen. Die Mitglieder des demokratischen Nationalkomitees scheinen entschlossen, den Präsidenten in dem Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrags zu unterstützen. Bryan opponiert diesem Plan und bringt darauf, daß ein Kompromiß zustande komme; er scheint von dem Gefühle durchdrungen zu sein, daß die Demokraten der Nation eher ihm folgen und sich mit einem Vertrag irgend welcher Art zufrieden

Neu Jersey besteht auf seinem Recht

Gouverneur hält 18. Amendement und Bundesgesetz für nicht anerkennend gegen Staatsgesetz.

Jersey City, N. J., 8. Jan.—Gouverneur Edwards von Neu Jersey glaubt, daß weder das Prohibitionsamendement, noch die Entscheidung des Oberbundesgerichts Bestimmungen enthalten, die weitere Gesetzgebung über den Verkauf von Bier und Wein von nicht über 5 Prozent Alkohol im Staat Neu Jersey verhindern könnten. In einer Zusammenkunft hervorragender Demokraten des Staates wurden derartige Gesetze empfohlen, und man glaubt, daß die Bevölkerung von Neu Jersey für dieselben eintreten würde.

Brauer verlangen Schadenersatz

Wollen Kampf für 2.75 Prozent Alkohol in Bier und gegen Amendement fortsetzen.

Washington, 8. Jan.—Schadenersatzsprüche für insgesamt mehrere hundert Millionen Dollars werden von den Brauereierzeugern gegen die Ver. Staaten erhoben werden. Dies ist eine Folge der Entscheidung des Oberbundesgerichts von Montag, daß die Regierung ihre Befugnisse überschritten hätte, als sie den Verkauf von 2.75 Prozentigem Bier verbot, ehe das Volstead'sche Gesetz am 28. Oktober letzten Jahres in Kraft trat.

Von anderer Seite wird berichtet, daß die Brauereierzeuger den Kampf gegen das Verbot von Bier mit 2.75 Prozent Alkohol fortsetzen werden. Die Rechtsanwälte der Brauer, an deren Spitze Elihu Root steht, erklären, daß die Frage, ob nach dem Inkrafttreten des 18. Amendements noch derartige Bier verkauft werden könne, müsse noch entschieden werden, da die letzte Entscheidung des Oberbundesgerichts sich nur auf die Kriegsprohibition beziehe. Auch sei die Frage, ob der Verkaufszuwachs in rechtmäßiger Weise zur Amalgamierung gelangt sei, noch nicht entschieden worden.

Bolschewisten-Gefahr droht auch England

Britische Regierung machtlos gegen Agitation zu ihrem eigenen Umsturz.

London, 8. Jan.—In Großbritannien wüßten bolschewistische Agitatoren energisch in derselben Weise, wie die Kommunisten in Amerika, und nach der Erreichung desselben Ziels, nämlich: die Regierung zu stürzen und eine Sowjetregierung einzurichten. Möglicherweise sind die Pläne der Bolschewisten auf dieser Seite nicht so weit fortgeschritten, als die Umsturzbewegung in den Ver. Staaten, aber man kann sich nicht berechnen, daß die Radikalen sich mit großer Geschwindigkeit einer Machtstellung nähern, die es ihnen ermöglichen würde, irgend einen großen Arbeiterstreik zum Anfangspunkt revolutionärer Unruhen zu machen. Während diese Tatsachen allen aufmerksamen Beobachtern der politischen Lage bekannt sind, sieht man keine Möglichkeit für die britischen Behörden, unter den jetzigen liberalen Gesetzen über die Bekämpfung etwas mehr zu tun, als den Fortschritt der Bewegung zu überwachen.

Gegen Ausländer kann Großbritannien von dem Deportationsrecht Gebrauch machen, aber gegen britische Bürger ist sie machtlos. Es gibt hier nur wenige radikale Führer von Bedeutung, aber die Anhänger derselben sind stark genug, sich häufig zu versammeln. Außer den reisenden Agitatoren verbreiten ein halbes Duzend Magazine anarchoistische Anschauungen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebend — Schön heute abend und Freitag; steigende Temperatur am Freitag.

Für Nebraska — Schön heute abend und Freitag; wärmer am Freitag und heute nach in nord-westlichen und südwestlichen Teil.

Für Iowa — Teilweise bewölkt heute nacht und Freitag; unbeständig im Südosten. Anhaltend kalt heute nacht; wärmer am Freitag im westlichen und zentralen Teil.



Wm. J. Bryan trifft in Washington ein

Präsident Wilson's Botschaft mit Spannung erwartet

Washington, 8. Jan. (United Press.) Das Erscheinen William Jennings Bryans in Washington erregt ebenso großes Interesse, wie die Sitzung des demokratischen Nationalkomitees. Letzteres wird Zeit und Ort der demokratischen Nationalkonvention bestimmen und andere wichtige Parteifragen erörtern. Bryan trat hier heute früh ein, offenbar in der Absicht, gelegentlich des nächsten Kantets eine Rede zu halten; von vielen aber wird die Behauptung aufgestellt, daß er sich mit den Plänen trage, sich zum Führer der Partei aufzuschwingen. Die Mitglieder des demokratischen Nationalkomitees scheinen entschlossen, den Präsidenten in dem Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrags zu unterstützen. Bryan opponiert diesem Plan und bringt darauf, daß ein Kompromiß zustande komme; er scheint von dem Gefühle durchdrungen zu sein, daß die Demokraten der Nation eher ihm folgen und sich mit einem Vertrag irgend welcher Art zufrieden

Neu Jersey besteht auf seinem Recht

Gouverneur hält 18. Amendement und Bundesgesetz für nicht anerkennend gegen Staatsgesetz.

Jersey City, N. J., 8. Jan.—Gouverneur Edwards von Neu Jersey glaubt, daß weder das Prohibitionsamendement, noch die Entscheidung des Oberbundesgerichts Bestimmungen enthalten, die weitere Gesetzgebung über den Verkauf von Bier und Wein von nicht über 5 Prozent Alkohol im Staat Neu Jersey verhindern könnten. In einer Zusammenkunft hervorragender Demokraten des Staates wurden derartige Gesetze empfohlen, und man glaubt, daß die Bevölkerung von Neu Jersey für dieselben eintreten würde.

Brauer verlangen Schadenersatz

Wollen Kampf für 2.75 Prozent Alkohol in Bier und gegen Amendement fortsetzen.

Washington, 8. Jan.—Schadenersatzsprüche für insgesamt mehrere hundert Millionen Dollars werden von den Brauereierzeugern gegen die Ver. Staaten erhoben werden. Dies ist eine Folge der Entscheidung des Oberbundesgerichts von Montag, daß die Regierung ihre Befugnisse überschritten hätte, als sie den Verkauf von 2.75 Prozentigem Bier verbot, ehe das Volstead'sche Gesetz am 28. Oktober letzten Jahres in Kraft trat.

Von anderer Seite wird berichtet, daß die Brauereierzeuger den Kampf gegen das Verbot von Bier mit 2.75 Prozent Alkohol fortsetzen werden. Die Rechtsanwälte der Brauer, an deren Spitze Elihu Root steht, erklären, daß die Frage, ob nach dem Inkrafttreten des 18. Amendements noch derartige Bier verkauft werden könne, müsse noch entschieden werden, da die letzte Entscheidung des Oberbundesgerichts sich nur auf die Kriegsprohibition beziehe. Auch sei die Frage, ob der Verkaufszuwachs in rechtmäßiger Weise zur Amalgamierung gelangt sei, noch nicht entschieden worden.

Bolschewisten-Gefahr droht auch England

Britische Regierung machtlos gegen Agitation zu ihrem eigenen Umsturz.

London, 8. Jan.—In Großbritannien wüßten bolschewistische Agitatoren energisch in derselben Weise, wie die Kommunisten in Amerika, und nach der Erreichung desselben Ziels, nämlich: die Regierung zu stürzen und eine Sowjetregierung einzurichten. Möglicherweise sind die Pläne der Bolschewisten auf dieser Seite nicht so weit fortgeschritten, als die Umsturzbewegung in den Ver. Staaten, aber man kann sich nicht berechnen, daß die Radikalen sich mit großer Geschwindigkeit einer Machtstellung nähern, die es ihnen ermöglichen würde, irgend einen großen Arbeiterstreik zum Anfangspunkt revolutionärer Unruhen zu machen. Während diese Tatsachen allen aufmerksamen Beobachtern der politischen Lage bekannt sind, sieht man keine Möglichkeit für die britischen Behörden, unter den jetzigen liberalen Gesetzen über die Bekämpfung etwas mehr zu tun, als den Fortschritt der Bewegung zu überwachen.

Gegen Ausländer kann Großbritannien von dem Deportationsrecht Gebrauch machen, aber gegen britische Bürger ist sie machtlos. Es gibt hier nur wenige radikale Führer von Bedeutung, aber die Anhänger derselben sind stark genug, sich häufig zu versammeln. Außer den reisenden Agitatoren verbreiten ein halbes Duzend Magazine anarchoistische Anschauungen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebend — Schön heute abend und Freitag; steigende Temperatur am Freitag.

Für Nebraska — Schön heute abend und Freitag; wärmer am Freitag und heute nach in nord-westlichen und südwestlichen Teil.

Für Iowa — Teilweise bewölkt heute nacht und Freitag; unbeständig im Südosten. Anhaltend kalt heute nacht; wärmer am Freitag im westlichen und zentralen Teil.